

# Ewige Beta-Versionen

Interview mit Linnar Viik, ehemaliger e-Government-Berater der estnischen Regierung, über die Erfolgsgeschichte von e-Estonia, die Zukunft von Mobile Government und die Notwendigkeit, aus Fehlern zu lernen.

*Herr Viik, Estland hat sich innerhalb von nur einem Jahrzehnt von einer kleinen Sowjetrepublik zu einem unabhängigen Staat entwickelt, der weltweit als Vorbild beim e-Government und der Nutzung Neuer Medien gilt. Wie war das möglich?*

Der informationstechnische Aufbruch in Estland ist von vielen verschiedenen – politischen, wirtschaftlichen, aber auch sozialen und kulturellen Faktoren – bestimmt. Sicher hat eine liberale Politik, die Marktoffenheit und begrenzte Regulation verfolgt, einiges dazu beigetragen. Zudem haben neue IT-Infrastrukturen die Nutzung der Angebote gefördert. Dies wiederum hatte zur Folge, dass weitere Dienste entwickelt

und mobilen Endgeräten. Darüber hinaus wurde in Estland schon zu Sowjet-Zeiten ein beachtliches IT-Know-how aufgebaut, von dem wir heute noch profitieren. Aus heutiger Sicht zeigt sich das als Ironie der Geschichte. Die kommunistische Staatsführung förderte damals insbesondere die Natur- und Ingenieur-Wissenschaften – nach dem Motto, solange sich die Intelligenz mit Computern und Physik, statt mit sozialwissenschaftlichen Themen beschäftigt, denkt sie nicht über die Unabhängigkeit des Landes nach.

*Bereits seit August 2000 tagt die estnische Regierung papierlos. Welche Bedeutung hat dieses Projekt, das national wie auch international große Beachtung fand?*

Die papierlose Arbeit des Kabinetts steht

stellvertretend für die durchgehend IT-basierte Arbeit der Regierung und der Ministerien. Bereits seit dem Jahr 2000 sind in allen Ministerien elektronische Dokumenten-Management-Systeme im Einsatz. Gerade die Kabinettsmitglieder waren sehr daran interessiert, bei dieser Entwicklung ganz vorne mit dabei zu sein. Bemerkenswert



Linnar Viik

ist, dass nicht IT-Fachleute das System für das Kabinett ersonnen haben, sondern die Minister ihre Bedürfnisse an eine durchgehend IT-basierte Entscheidungsfindung formuliert haben und dies dann technisch umgesetzt wurde. Die Lösung, die schließlich eingesetzt wurde, konnten die Minister nach einer 20-minütigen Einlernphase bedienen, die Investition hatte sich durch die Papiereinsparung nach 14 Monaten amortisiert. Die Regierung war sich bewusst, dass dieses Vorzeigeprojekt eine große symbolische Bedeutung hat: Wenn der Staat es am konkreten Beispiel vormacht, dann schafft das ein grundlegendes Vertrauen dafür, dass e-Government machbar ist. Zudem zeigt das Projekt, wie der IT-Einsatz die Entscheidungsfindung verbessern und beschleunigen kann und dadurch auch das Vertrauen der Bürger und der Medien in die Regierung gestärkt wird.

**„Ein maßgeblicher Faktor war, dass wir keine bestehenden Infrastrukturen modernisieren mussten.“**

wurden und neue Unternehmen auf den Markt kamen. Ein maßgeblicher Faktor war zudem, dass wir keine bestehenden Infrastrukturen modernisieren mussten, sondern die Chance hatten, ganz neu anzufangen. Estland gehörte so schon Anfang der 90er-Jahre weltweit zu den führenden Ländern bei der Nutzung von Glasfasertechnik

*In vielen Ländern gibt es mittlerweile ein vielfältiges Angebot an e-Services. Wie Studien zeigen, werden diese Dienste von der Bevölkerung oft nur zögerlich angenommen. Trifft dies auch auf Estland zu?*

Es gibt zwei grundsätzlich verschiedene Wege, wie e-Services für Bürger und Unternehmen geschaffen werden können. Der eine versucht aus der Perspektive der Verwaltung Arbeitsabläufe zu vereinfachen, beziehungsweise elektronische Prozesse den bürokratischen anzupassen. Der andere stellt

nicht genutzt werden, um auf dieser Basis Verbesserungen realisieren zu können. Die Politik scheut sich oft davor, Fehler einzugestehen. Aus Fehlentwicklungen zu lernen und Services zu überarbeiten oder neu aufzusetzen, ist aber keine Schande. In einer sich ständig weiter entwickelnden Informationsgesellschaft kann der aktuelle Stand im e-Government immer nur als Beta-Version verstanden werden.

*Mit der Zunahme der Mobiltelefone ergeben sich auch neue Möglichkeiten im e-Government. Ist Mobile Government die Technologie der Zukunft?*

Für die Bereitstellung von elektronischen

Diensten sind Handys von großer Bedeutung. Denn Dienste wie der Kauf von Tickets für den öffentlichen Nahverkehr, Erinnerungen von der Stadtbibliothek oder die Übermittlung von Prüfungsergebnissen sind sehr Praxis-orientierte Anwendungen. In Zukunft wird es sicher nicht vorwiegend mobile Services geben – sie stellen vielmehr einen zusätzlichen Informationskanal dar. Als Medium zur Einführung und Bekanntmachung von e-Government haben Handys den großen Vorteil, dass sie einen großen Verbreitungsgrad haben und noch nicht von Spam „verschmutzt“ sind.

*Handys könnten auch zur Stimmabgabe bei Wahlen genutzt werden. Leisten die neuen Technologien einen nachhaltigen Beitrag zu einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft?*

Wir haben in Estland sehr gute Erfahrungen mit Umfragen gemacht, an denen vornehmlich

Handybesitzer teilnahmen. Auch der Rücklauf über SMS funktioniert gut. Allerdings stärkt allein die Möglichkeit, per Handy abstimmen zu können, die Demokratie noch nicht. Entscheidend ist, mithilfe der Informationstechnik den Bürgern Teilnahmemöglichkeiten an Entscheidungsprozessen zu geben. Denn besser in öffentliche Angelegenheiten eingebundene Menschen sind auch bessere Bürger. Es kommt darauf an, die Menschen mithilfe der neuen Technologien so stark einzubinden, dass sie das Gefühl haben, ihr Engagement bewirkt etwas.

*Mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union richtet sich nun der Blick der EU-Länder in Sachen e-Government noch mehr auf Estland. Welche Ratschläge würden Sie den Staaten bei der Weiterentwicklung ihrer Informationsgesellschaft geben?*

Die meisten der e-Government-Projekte in Estland könnten auch anderswo aufgelegt werden. Die technische Machbarkeit ist aber nicht allein entscheidend. Worauf es ankommt, sind die sozio-ökonomischen Faktoren. Wer also etwas von Estland lernen will, sollte beispielsweise beim Internet-Banking, das von 80 Prozent der Bevölkerung genutzt wird, nicht danach fragen, wie dies technisch bewerkstelligt wird, sondern, welche Einstellungen die Menschen dazu haben oder welche konkreten ökonomischen Vorteile der Service bringt. Estland ist offen dafür, derartige Erfahrungen weiterzugeben. Der ganze Nutzen der neuen Technologien wird nur auszuschöpfen sein, wenn Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht und nicht voreinander versteckt werden.

*Interview: Sabine Schutz*

## „Allein die Möglichkeit, per Handy abstimmen zu können, stärkt die Demokratie noch nicht.“

die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt. Was wir brauchen, ist beides. Nachholbedarf besteht aber insbesondere auf Bürgerseite. Denn damit könnten auch die Nutzerzahlen erhöht werden. Von politischer Seite wird diese Notwendigkeit allerdings in vielen Ländern offenbar nicht gesehen. Wichtig ist zudem, genau zu untersuchen, warum bestimmte Angebote genutzt oder

### Zur Person

Linnar Viik gilt als Estlands „Mr. Internet“. Der 39-Jährige studierte in Tallinn Informatik und in Helsinki Internationale Ökonomie. Er war von 1999 bis 2001 e-Government-Berater des estnischen Premierministers. Linnar Viik ist Gründer und Vorstandsmitglied einer Reihe von Firmen im Multimedia-Umfeld; er unterrichtet am Eesti Infotehnoloogia Kolledž, Estlands nationalem IT-College.